

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/123
2. Juli 1971

Zwang zur Lösung unserer irdischen Probleme

Überlegungen zum Tod der sowjetischen Kosmo-
nauten

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Seite 1 / 48 Zeilen

Das "größere Europa" steht zur Debatte

Vor dem Bonner Gespräch zwischen Pompidou
und Brandt

Von Conrad Ahlers
Staatssekretär im Bundeskanzleramt und
Sprecher der Bundesregierung

Seite 2 / 38 Zeilen

Schluß mit der Doppelmoral!

Erfahrungen aus einer Skandinavien-Reise

Von Dr. Hans Ge With SPD-MdB
Mitglied des Strafrechtssonderausschusses
des Deutschen Bundestages

Seite 3 und 4 / 62 Zeilen

Wochenend-Glosse des SPD-Pressedienstes

In der Unions-Sänfte ins Bundeshaus?

Seite 5 / 41 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8153
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 883 848/886 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Zwang zur Lösung unserer irdischen Probleme

Überlegungen zum Tod der sowjetischen Kosmonauten

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Welt ist erschüttert über den Tod der drei sowjetischen Kosmonauten. Welche Ursachen ihr einsames Sterben hatte, ist bisher ungeklärt. Aber erneut hat der technologische Fortschritt seine Opfer gefordert.

Der tragische Vorfall sollte uns kein Anlaß zur billigen Polemik gegen die Weltraumfahrt sein. Niemand kann heute bestreiten, daß uns die Raumfahrtstechnologie auf den Gebieten der Medizin, der Computertechnik, der internationalen Kommunikationsmöglichkeiten und des Wissens um die ursächlichen Zusammenhänge in unserem Kosmos - um nur einige der wesentlichsten Bereiche zu nennen - reiche Erkenntnis beschert hat.

Aber - auch das ist nicht zu bestreiten - der technologische Fortschritt hat uns ernsthafte Probleme gebracht, die zu bewältigen uns noch sehr große Schwierigkeiten bereiten wird.

Unsere Städte ersticken in ihrem Verkehr und in ihrem Smog. Unsere Flüsse und Seen sterben durch die Abwässer der Industrie. Trotz all unserer Errungenschaften verhungern in vielen Teilen der Welt jeden Tag Hunderte von Menschen.

Wer vor einem halben Jahrhundert in der Produktivkraft und Erfindungsgabe moderner Technologie den Schlüssel zu einem freieren und besseren Leben gesehen hat, ist deshalb durch diese Tatsachen noch nicht widerlegt. Gewiß, jener Fortschritt, der heute in den Hexenküchen der modernen Alchimisten, - der Technologen, der Humanogenetiker, der Chemiker und last not least der großen Konzerne - projiziert oder schon produziert wird, bereitet uns Probleme, eröffnet uns aber auch die Chance, mit den Nöten dieser Welt fertig zu werden. Niemand brauchte heute zu verbüchern, unsere Städte könnten bei Nutzung unserer Möglichkeiten wieder zu lebenswerten und gesunden Zentren werden. Unsere Flüsse und Seen zu Casen der Erholung.

Wir müssen begreifen lernen, daß Wissenschaft und Forschung, daß Industrie und Technologie nicht alleine zur Produktion von erhöhtem Konsum nutzbar zu machen sind, sondern auch zur Schaffung einer besseren Umwelt, zu einem menschenwürdigen Leben.

Die Raumfahrt könnte zu einem wichtigen Schlüssel für die Lösung unserer Probleme werden. Bemannte und unbemannte Satelliten liefern uns Aufschluß über die geologischen Reserven unserer Welt, über die Ernteaussichten in diesem oder jenem Teil der Erde, sie können uns rechtzeitig vor Naturkatastrophen warnen.

Es ist bedauerlich, daß die Weltraumfahrt heute noch zu einem großen Teil von militärischen Interessen und Aspekten beeinflusst wird. Umso erfreulicher ist es, daß die Weltmächte in zunehmendem Maße einsehen, daß Orbitalstationen und Satelliten nicht die geeigneten Objekte zur Fortsetzung der militärischen Konfrontation im Weltraum sind, sondern einzig und allein ein besseres Instrumentarium zur Lösung unserer sehr irdischen Probleme. Wir sollten uns - im eigenen Interesse - mehr als bisher an den Leistungen der beiden Großmächte auf diesem Gebiet beteiligen. (-/wr/2.7.1971/bgy)

Das "größere Europa" steht zur Debatte

Vor dem Bonner Gespräch zwischen Pompidou und Brandt

Von Conrad Ahlers

Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Sprecher der Bundesregierung

Sowohl in Bonn als auch in Paris wird der Begegnung zwischen Präsident Georges Pompidou und Bundeskanzler Willy Brandt im Rahmen der regelmäßigen deutsch-französischen Konsultationen am kommenden Montag und Dienstag große Bedeutung beigemessen. Es ist dies die erste Begegnung nach dem Durchbruch bei den EWG-Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien. Auf beiden Seiten herrscht große Genugtuung über diese Entwicklung, die erwarten läßt, daß aus der Gemeinschaft der Sechs demnächst eine Gemeinschaft der Zehn wird.

Es ist klar, daß sich die Struktur der Gemeinschaft durch diese Erweiterung in gewisser Weise verändern wird. An die Stelle des kleineren wird ein größeres Europa treten, das auch größeres Eigengewicht in der Welt haben wird. Es kommt aber darauf an, daß der innere Zusammenhalt dieser erweiterten Gemeinschaft gefestigt wird, damit dieses größere Europa in wichtigen Fragen als eine Einheit auftreten kann und um zu verhindern, daß die Entwicklung zu einem "europäischen Europa" nicht verlorengeht.

Der Präsident und der Bundeskanzler stimmen hierin überein. Sie werden deshalb auch über institutionelle Fragen im Hinblick auf das neue Europa sprechen. Das Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion steht dabei klar vor Augen. Gemeinsame Wirtschaftspolitik und gemeinsame Währungspolitik bilden eine Einheit, weil nur so das Doppelziel von Wachstum und Stabilität erreicht werden kann. In diesem Zusammenhang werden auch die unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der aktuellen Währungsfragen zur Sprache kommen. Es besteht gute Aussicht, dieses Thema abschließend zu behandeln.

Der Bundeskanzler wird über seine Amerika-Reise berichten und sich mit seinen französischen Gesprächspartnern über den Weg zu einer europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit und insbesondere über die Fragen einer beiderseitigen ausgewogenen Truppenverminderung in Europa abstimmen. Niemand zweifelt daran, daß das "größere Europa" in der Zukunft auch einen höheren Selbstversorgungsgrad an Sicherheit anstreben muß. Frankreich, Deutschland und demnächst auch Großbritannien sind hierbei auf enge Zusammenarbeit angewiesen.

(-/oc/2.7.1971, bgy)

+ + +

Schluß mit der Doppelmoral!

Erfahrungen aus einer Skandinavien-Reise

Von Dr. Hans de With SPD-MdB

Mitglied des Strafrechtssonderausschusses des Deutschen Bundestages

Den Mitgliedern des Strafrechtssonderausschusses, die sich vom 25. Juni bis 1. Juli in Kopenhagen und Stockholm über die Erfahrungen Dänemarks und Schwedens nach der Öffnung des Pornographie-Verbotes informierten, wurde nicht nur Gelegenheit gegeben, hierüber mit den beiden verantwortlichen Justizministern, den Vertretern der Polizei, des Unterrichts- und des Gesundheitswesens sowie mit sonstigen Ministerialbeamten und einem maßgeblichen Kriminologen zu diskutieren. Bei ihren Streifzügen durch Straßen, Läden und Sex-shops konnten sich die Mitglieder des Strafrechtssonderausschusses selbst ein Bild machen.

Zunächst darf noch einmal daran erinnert werden, daß Dänemark und Schweden zur strafrechtlichen Regelung des Problems der Pornographie seit 1. Juli 1969 beziehungsweise Februar 1971 Bestimmungen erlassen haben, die denen ähneln, die die Bundesregierung vorschlägt:

1/ Keinem darf unverlangt Pornographie zugesandt werden;
2/ Pornographie beziehungsweise Darstellungen grobsexueller Art dürfen in öffentlichen Wegen und Plätzen und an allgemein zugänglichen Orten nicht aufgelegt werden; und 3/ Pornographie darf der Jugend nicht zugänglich gemacht werden, wobei in Schweden allerdings lediglich der organisierte Vertrieb an Kinder und Jugendliche verboten ist.

Was ergibt sich als Konsequenz aus dieser Reise?

Nun, einmal hätten - wären sie anwesend gewesen - einige Mythologen ihre Mythen zerstört gesehen. Alle Befragten waren übereinstimmend der Auffassung, daß die Teilfreigabe 1/ weder die allgemeine Haltung der Bevölkerung zum Recht irgendwie negativ

beeinflusst habe; 2/ noch an den Grundpfeilern der Ehe nahe; 3/ kein Zusammenhang zwischen Pornographie und Rauschgift bestehe; 4/ eine Gefährdung der Jugend nicht eingetreten sei; und 5/ ein Aufschwappen bzw. eine Pornoflut nicht zu verzeichnen gewesen wäre.

Gerade die Vertreter der Polizei erklärten, daß die getroffenen gesetzlichen Maßnahmen "gewirkt" hätten. Die Pornoproduktion - auf alle Fälle die für das Inland - sei zurückgegangen. So habe beispielsweise eine Sexmesse in Kopenhagen 1969 noch 50.000 Besucher auf die Beine gebracht, 1971 aber nurmehr 5.000. Die Ausstellungen pornographischer Darstellungen in Schaufenstern habe die Polizei jetzt besser im Griff. Die Sexualdelikte seien zurückgegangen, zumindest seien sie im Vergleich zu den anderen Strafdelikten nicht gestiegen.

Offen blieb für die deutschen Besucher die Antwort auf die Frage, ob nicht das Aushängen obszöner Darstellungen - die zum Teil in Dänemark und Schweden sicher für manchen Deutschen noch als anstößig empfunden werden - bei der zukünftigen Regelung in der Bundesrepublik nicht noch mehr eingeschränkt werden kann und ob die skandinavischen Verhältnisse auf die Bundesrepublik übertragbar sind.

Was das Aushängen von Pornographie anlangt, ist meiner Auffassung nach für die Zukunft in der Bundesrepublik zu erwarten, daß - falls die Vorschläge der Bundesregierung Wirklichkeit werden - hier eine "Besserung" gegenüber den skandinavischen Staaten und auch gegenüber unserer Wirklichkeit von heute eintreten wird. Denn die Vorschläge der Bundesregierung sind differenzierter und umfassender und beziehen auch neben Film und Fernsehen die Werbung ein. Was die Übertragbarkeit betrifft, so trifft es zwar zu, daß in Dänemark und Schweden die Sexualerziehung besser und die Pornobewegung sachlicher gehandhabt wird. Gleichwohl scheint es mir auch in der Bundesrepublik an der Zeit zu sein, der Doppelmoral zwischen Wirklichkeit und Gesetz ein Ende zu bereiten.

(-/wz/2.7.1971/bgy)

+ + +

Wochenend-Glosse des SPD-Pressedienstes

In der Unions-Sänfte ins Bundeshaus?

Ein Großer vergangener Tage hat einmal gesagt: Die Geschichte wiederholt sich. Ein noch Größerer fügte hinzu: Erst als Tragödie, später als Farce! Diese Männer haben deutsche Geschichte vorausgeahnt.

Die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten verwirklichten den ersten Teil; die deutsche Tragödie - die rechtskonservativen bis rechtsradikalen Splitterparteien unserer Tage programmieren den zweiten Teil dieser Geschichtserkenntnis: Die Komödie! Das aller kleinste Kind dieser Posse: Die "Deutsche Union" reizt schon zur Glosse!

Im harten Kampf ums Dasein bangt dieser neue Splitter, großspurig "Deutsche Union" genannt, schon jetzt um das junge Leben. Zwar ist es dem Zentral-Manager dieses frühaltersschwachen Unternehmens politischer Rechtsaussenseiter, Siegfried Zoglmann, gelungen, im wärmenden Brutkasten der Namensverwandtschafts-Parteien, der Christlich-Demokratischen Union, als Kostgänger unterzuschlüpfen, doch das rauhe Klima der Wirklichkeit bedroht sein Embryo.

Die tatsächlichen Väter und Stiefväter dieses schutzbedürftigen Kindes haben die Schläuche für die rettende Transfusion bereits angeschlossen; die Blutgruppen stimmen überein. Fürs erste dürfte diese Lebenshilfe also ausreichen, um den Zwerg am Verhungern zu hindern. Auf Zeit gesehen jedoch, wenn die Lebenslast den Kümmerling bedroht, wird das Huckepacksystem ihm die Verpflichtung abnehmen, auf eigenen Füßen zu stehen.

In schöner Harmonie haben jüngst der CSU-Landesgruppenvorsitzende im Bundestag Richard Stücklen MdB, und der stellv. Bundesvorsitzende der "DU" Dietrich Bahner gemeinsam bekundet, daß es zwischen der CSU und der "Deutschen Union" gar keine Unterschiede gebe und wenn, dann nur in Nuancen. Gegenüber der CDU gibt es nach Bahners Aussagen eine Schwierigkeit: die "Sozialausschüsse". Dieser wenig hinderliche Rhesusfaktor wird jedoch die vorläufige Unions-Lebenshilfe kaum beeinträchtigen.

Zwischen CSU und "DU" finden, wegen der verwandtschaftlichen Bindungen, laufend Gespräche statt, aber die CDU läßt sich da auch nicht lumpen, denn ihre Prominenzvertretung Köppler und Dregger sind an der Konsultation beteiligt. Bahner rechnete sich aus, daß von drei Huckepack-Direktkandidaten seiner Partei einer durch die CSU gestellt werden wird. Verheißungsvoll verkündete er: "Wenn die zwei bis drei Prozent, die wir zusammenfassen können, zum Tragen kommen, dann ist alles klar! Ubi bene, ibi patria!

Walter Hohn
(- / wr / 2.7.1971 / bgy)